

Nachgefragt

Pautler: Variante ein alter Hut

Baden-Baden (as/fh) – Mehr als eine Million Passagiere jährlich und ein noch nicht voll belegter Gewerbepark – das Verkehrsaufkommen rund um den Baden-Airpark wird künftig eher zunehmen. Entlastung für die Region soll ein neuer Autobahnanschluss bringen. Die Naturschutzverbände können sich damit allerdings nicht anfreunden. Kurz bevor das Planfeststellungsverfahren beginnt, wollen sie die Diskussion mit einer Variante der Ortsumgehung Hügelsheim neu anstoßen. Das BT hat sich umgehört, was politische Entscheidungsträger der Region dazu meinen.

Claus Haberecht, zuständiger Dezernent im Landratsamt Rastatt, schließt die Möglichkeit aus, jetzt erneut in die Diskussion einzusteigen. Da es keine neue Variante sei, sehe er keinen Anlass, nun sämtliche Planungen über den Haufen zu werfen. Schließlich handle es sich um ein umfangreiches und teures Verfahren, das fast abgeschlossen sei – mit vielen Voruntersuchungen, um möglichst Rechtssicherheit zu erlangen, eben weil ein Natura-2000-Schutzgebiet betroffen ist. Eine Diskussion im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens sei aber durchaus vorstellbar, erklärte er – schließlich gebe es die Möglichkeit der Bürgeranhörung. Er begrüßte, dass die Naturschützer nun offenbar die Notwendigkeit einer neuen Verkehrsanbindung anerkennen.

Reiner Dehmelt, Bürgermeister von Hügelsheim, betont: „Jetzt, wo eine Lösung unmittelbar bevorsteht, wird so das Verfahren nur unnötig in die Länge gezogen.“ Schließlich sei die Variante bereits geprüft und für zu teuer befunden worden. Für eine Umfahrung müsse erst noch ein Straßenbaulastträger gefunden werden. Der Gemeinderat sei außerdem schon lange für die Autobahnbindung. Grundsätzlich sei es lobenswert, dass nach einer neuen Variante gesucht werde, aber „wir müssen so langsam konkrete Maßnahmen in Angriff nehmen, um die Bürger zu entlasten.“

Helmut Pautler, Bürgermeister von Rheinmünster, ist der Meinung, ein solcher Vorschlag sollte alle betroffenen Gemeinden berücksichtigen, schließlich seien auch Teile von Rheinmünster stark belastet. Auch er ärgere sich über die Informationspolitik. Für ihn sei die Variante des Landesnaturschutzverbandes ein alter Hut, denn alle Möglichkeiten seien bereits geprüft worden.

Karsten Mußler, Fraktionschef der Freien Wähler im Kreistag, bedauerte, dass im Vorfeld des Termins nicht informiert worden sei, sondern man aus der Zeitung von dem Thema erfahre. Für die Fraktion sei es wichtig, dass die Menschen im Umfeld des Flughafens vom Durchgangsverkehr und vom Lärm entlastet werden – und zwar auch die südlich gelegenen Gemeinden. Das Planfeststellungsverfahren habe gerade auch die Aufgabe, mögliche Varianten zu untersuchen und zu bewerten. Im Anschluss müsse dann eine objektive Abwägung erfolgen. „Deshalb sollte dieses Verfahren nun zügig bearbeitet und nicht länger blockiert werden“, meint er.

Toni Huber, CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag, kann sich nicht vorstellen, dass das die Diskussion neu entfacht. „Wir stehen ganz klar hinter der Ostanbindung“, betont er. Zudem werde bei der vorgestellten Variante die Verkehrsproblematik im südlichen Landkreis außer Acht gelassen, was er für problematisch hält.

Jonas Weber, Fraktionschef der SPD im Kreistag, zeigt sich „offen und gesprächsbereit“. Wichtig sei seiner Fraktion vor allem eine ordentliche Verkehrsanbindung für Airpark und Airport sowie die ökologische und verkehrliche Entlastung.

Manuel Hummel, Grünen-Fraktionschef im Kreistag, wundert sich, da er und die Fraktionsmitglieder nichts von dem Termin gewusst hätten. Er frage sich, wie man auf diese Weise etwas erreichen will.



Der Baden-Airpark ist eingebettet in Schutzgebiete: Bei der Verkehrsanbindung gilt es vieles zu berücksichtigen.

Foto: av

Hoffen auf einen Sinneswandel

Baden-Airpark: Diskussionsrunde in Rastatt beurteilt neue Verkehrslösung positiv

Rastatt (up/as) – Mit dem Appell an den Kreistag, nochmal über die favorisierte Ostanbindung an den Baden-Airpark über einen neuen Autobahnanschluss nachzudenken, eröffnete Martin Klatt am Montagabend die Diskussion über die zuvor von den Fachingenieuren Peter Jehle und Joachim Wald präsentierte Ortsumfahrung Hügelsheim (das BT berichtete) – und ertönte im Rastatter Naturschutzhause vor den rund 50 Anwesenden großen Zuspruch.

Die relativ kurzfristige Einladung an die Entscheidungsträger – zumal an einem Montagabend, der in vielen Orten Sitzungstag des Gemeinderats ist – erklärte Klatt dabei selber als „nicht ganz glücklich“. Man sei aber gerne bereit, die Planung auch in den kommunalen Gremien vorzustellen, wenn das gewünscht werde.

Warum man jetzt mit dieser Variante an die Öffentlichkeit geht, erklärt Klatt damit, dass die Naturschutzverbände – hinter der präsentierten Variante stehen BUND, Landes-

Landesnaturschutzverband, NABU und Naturfreunde – die Diskussion erneut anstoßen wollten, bevor das Planfeststellungsverfahren für den Autobahnanschluss beginnt, was kurz bevorsteht. Ihr Ziel sei eine möglichst natur- und umweltverträgliche Variante, da in dem betroffenen Gebiet zahlreiche Schutzgebietsinteressen zu berücksichtigen sind.

Klatt: Klage hätte Aussicht auf Erfolg

Aus rechtlicher Sicht hätten Klagen gegen die Autobahn-auffahrt am Europäischen Gerichtshof sehr gute Aussichten auf Erfolg. „Ich würde es nicht darauf ankommen lassen“, warnte Klatt mit Blick auf die Politiker, die das Planfeststellungsverfahren in den nächsten Monaten eröffnen wollen.

SWR-Moderator Günther Laubis ist es gewohnt, bei kontroversen Diskussionen beschwichtigend auf Konfliktparteien einzuwirken. Eine Fähigkeit, die am Montagabend allerdings nicht benötigt wur-

de. Keiner der rund 50 Anwesenden war gekommen, um sich für die favorisierte neue Autobahn-auffahrt zum Baden-Airpark bei Sinzheim stark zu machen. Dagegen wurde einhellig gefordert, die zuvor präsentierte, zum Teil tiefer gelegte Ortsumfahrung um Hügelsheim zu bauen.

Ein Anwohner erklärte: Diese Variante sei mit rund 30 bis 35 Millionen Euro zwar um mehrere Millionen teurer als eine neue Autobahn-auffahrt (22 Millionen Euro), allerdings werde in Hügelsheim der Durchgangsverkehr langfristig trotzdem nicht abnehmen, wie die Planer prognostiziert hätten. Daher sei es auch aus finanziellen Gründen richtig, die Ortsumfahrung zu unterstützen, weil die Bewohner Hügelsheims irgendwann auf jeden Fall eine innerörtliche Verkehrs-entlastung wollten. Und die Kosten für eine Ortsumfahrung und die neue Autobahn-auffahrt lägen zusammen denn dann doch höher als rund 30 Millionen Euro. Ein Teilnehmer forderte, die neuesten Zahlen von Planer Joachim Wald zum Verkehrsaufkom-

men in den nächsten 15 Jahren dem Landrat als einen „Schuss vor den Bug“ vorzulegen. Ein Bürger aus Schiftung äußerte Zweifel, ob die geplanten Kosten für die Autobahn-anbindung ausreichen würden.

Ein Mann aus Rheinmünster gab zu bedenken, dass ein Rückgang der Fluggastzahlen durchaus denkbar sei. Er fragte, ob man es dann nicht bereuen würde, die Natur irreversibel geschädigt zu haben – für ein paar Fluggäste mehr oder weniger? Eine andere Teilnehmerin forderte, die Infoveranstaltung in den betroffenen Gemeinden zu wiederholen, um die Bevölkerung von den Vorteilen der Alternative zum Autobahnanschluss zu unterrichten.

Die Bürgervereinigung Halberstung meldete sich gestern ebenfalls zu Wort. Karl Leo Knopf erklärte, „mit der jetzt angelaufenen fachlich kompetenten Unterstützung“ komme wieder Hoffnung auf, dass sich der „gesunde Menschenverstand“ doch noch durchsetze und abschließend eine Umfahrung von Hügelsheim gebaut werde..

AfD und ABW im „guten Geist“ vereint

Fünf Stellvertreter für Fraktionschef Meuthen / Steuergelder werden zurücküberwiesen

Von Brigitte J. Henkel-Waidhofer

Stuttgart – Die beiden AfD-Gruppierungen im Landtag haben nach wochenlangen Verhandlungen ihre Wiedervereinbarung erklärt. Inhaltliche Zuständigkeiten im neuen, erweiterten und frauenlosen Führungsgremium sind allerdings weiter nicht ausverhandelt. Klar ist nur, dass dem alten und neuen Fraktionschef Jörg Meuthen nicht weniger als fünf Stellvertreter an die Seite gestellt werden. Dennoch beschworen alle Beteiligten „den guten Geist“.

Herzstück der neuen Gemeinsamkeiten ist eine Präambel, die alle 22 Abgeordneten unterzeichnen mussten, um jeder Form von Rassismus entgegenzutreten. „Wir stehen am Beginn einer neuen guten Zusammenarbeit“, so Meuthen, dem im vergangenen Juli im Streit um den Umgang mit antisemitischen Tendenzen und

dem inzwischen fraktionslosen Abgeordneten Wolfgang Geidon nur zwölf Abgeordnete in die neue Fraktion „Alternative für Baden-Württemberg“ (ABW) folgen wollten. Emil Sänze, der Rottweiler Landtagsabgeordnete, war nicht darunter. Als einer der führenden Unterhändler wurde er jetzt Stellvertreter, erklärte alle Vorbehalte für „abgearbeitet oder relativiert“ und versprach „kollegialen Führungsstil“. Außerdem kündigten beide an, dass die Steuergelder, die durch die Trennung zusätzlich angefallen sind, an den Landtag zurücküberwiesen werden. Die Landtagsverwaltung beziffert diese Zusatzkosten für die Doppelfraktion laut Nachrichtenagentur dpa auf 182.573 Euro.

Weitere Stellvertreter sind Anton Baron (Hohenlohe), den Aktivisten von „Keine Alternative für Deutschland“ im Rassismus-Verdacht haben, weil er an zumindest einer einschlägigen Veranstaltung in

Öhringen teilgenommen hat. Auch Bernd Gögel (Enz) und Rüdiger Klos (Mannheim) sollen nach dem neuen, noch nicht veröffentlichten Geschäftsverteilungsplan besondere Aufgaben übernehmen. Beide haben die ultrarechte „Erfurter Resolution“ unterschrieben, die indirekt eine Zusammenarbeit mit radikaleren Gruppierungen als durchaus wünschenswert erachtet. Fünftler Vize ist Rainer Podeswa, der die Gleichberechtigungsdiskussion für „den geistigen Ausfluss von Spinnern mit einem kommunistischen Heile-Welt-Bild“ hält. Dass im neuen Vorstand keine Frau vertreten ist, heißt nicht, so Meuthen, dass wir „ein Verein von Chauvinisten sind“. Die „Damen“, so Sänze, hätten ihre Nicht-Kandidatur mit beruflicher Belastung erklärt.

Abgeben wird Meuthen das Amt des Parteichefs im Land. Er selbst begründet diesen Schritt mit Arbeitsfülle. Man-



Jörg Meuthen ist wieder AfD-Fraktionschef. Foto: av

che Parteifreunde führen aber auch eine schlechte Stimmung an der Spitze des AfD-Landesverbands an. Nicht völlig ausschließen will Meuthen einen Wechsel in den Bundestag. Es gebe Stimmen, die „einen Sog nach Berlin auf mich ausüben“. Seine persönliche Zielsetzung sei derzeit aber, „definitiv meine Position als Fraktionschef voll auszufüllen“.

Zum Thema

Kein Minderheitenrecht

Stuttgart (bjhw/dpa) – Die AfD will trotz der Wiedervereinigung ihrer beiden Fraktionen einen Untersuchungsausschuss zum Linksextremismus durchsetzen. Fraktionschef Jörg Meuthen kündigte für den Fall der Ablehnung des entsprechenden Antrags im Landtag eine gerichtliche Klärung vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg an. Sollten die Richter der Haltung der anderen vier Fraktionen recht geben, „werden wir uns dem beugen“, so Meuthen weiter. Parlamentspräsidentin Muhterem Aras verwies auf die bereits Ende September beschlossene Gesetzesnovelle, die vorsieht, dass zwei Fraktionen einen Untersuchungsausschuss nur beantragen können, wenn sie unterschiedlichen Parteien angehören. Die vom Ständigen Ausschuss beauftragten Gutachter entziehen dem Antrag der damals noch getrennten AfD-Gruppierung den Minder-

heitenrecht, weil der Gesetzgeber schon immer, ohne dies aber auszuführen, davon ausgegangen ist, dass die beiden Fraktionen, die das Minderheitenrecht in Anspruch nehmen, zwei Parteien angehören. Mit diesem „Geist des Gesetzes“ hatten auch Grüne, CDU, SPD und FDP argumentiert. Die AfD besteht auf ihrem Minderheitenrecht, weil sie zum Zeitpunkt der Antragstellung mit zwei Fraktionen im Landtag vertreten gewesen sei. „Der Landtag ist frei in seiner Entscheidung, ob er den Antrag beschließt oder nicht.“ Eine endgültige Entscheidung werde dann im Planum fallen, teilte Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) mit. Wann es zu einer Entscheidung kommt, ist unklar. Die AfD ließ das Thema von der Tagesordnung des Landtags für die morgige Sitzung nehmen.